weil es der Wunsch der Armee ist, den letzteren so viel als möglich die Leiden des Krieges zu ersparen."

Die Kürzung der Brotquote.

Wien, 15. Januar.

Wir haben bereits im Abendblatte berichtet, daß die Kürzung der Brotration in der nächsten Woche unausweichlich geworden ist. Es wird vom Zeitpunkte des Eintreffens der 400 Waggons Getreide, die aus Italien kommen, abhängen, für wie lange die Kürzung verfügt werden muß. Es ist begründete Hoffnung vorhanden, daß die Periode des halben Brotlaibes nicht über das Ende der nächsten Woche hinaus währen wird. Augenblicklich soll wegen der Kürzung der Ration die unumgänglich notwendig gewordene Erhöhung des Brotpreises unterbleiben, doch ist dies nur ein Aufschub für kurze Zeit. Bei einem heute stattgehabten Empfang der Vertreter der Wiener Presse machte Staatssekretär Dr. Löwenfeld-Ruß über beide Fragen nachstehende Mitteilungen:

Aeußerungen des Staatssekretärs Dr. Löwenfeld-Ruß.

Die Versorgung Wiens und der eines Zuschubes bedürftigen Gebiete Deutschösterreichs, das sind Niederösterreich, das flache Land und Wien, Kärnten und Steiermark (Oberösterreich versorgt sich selbst, Tirol und Vorarlberg werden von der Schweiz alimentiert), ist heute infolge der Erschöpfung der eigenen Vorräte einzig und allein auf auswärtigen Zuschub angewiesen. Das klaglose Funktionieren des Versorgungs- und Verteilungsapparates ist die Vorbedingung für die lückenlose Versorgung. Durch einen Schneesturz am Brenner ist jedoch in der vorigen Woche der Verkehr durch längere Zeit unterbrochen gewesen, wodurch die Durchführung der Transporte der italienischen Getreidemengen ungemein verzögert wurde. Trotzdem alle Maßregeln getroffen wurden, um das Hindernis wegzuräumen und auch die hier zurückgebliebenen englischen und italienischen Vertreter der interalliierten Lebensmittelkommission die Bemühungen der deutschösterreichischen Behörden auf das nachdrücklichste unterstützen, ist es doch nicht möglich, daß die Zuschübe rechtzeitig eintreffen. Es ist ein Verhängnis, daß dieses Elementarereignis unser Land gerade jetzt trifft. Ist es doch fast auf den Tag genau ein Jahr seit dem aus denselben Gründen ausgebrochenen Generalstreik am 18. Januar des Vorjahres. Das rechtzeitige Eintreffen der Getreidemengen konnte nicht bewerkstelligt werden, aber es geschieht nun alles, daß die restliche Menge von den 20.000 Tonnen Weizen, deren Verteilung und Disposition im Einvernehmen mit der interalliierten Kommission sowohl für Wien als auch für die zuschubsbedürftigen Länder Deutschösterreichs vorgenommen wurde, weiterhin klaglos funktioniert. Es sind zwei Vertreter der Alliiertenkommission nach Triest gereist, um die Zuschübe von dort aus zu sichern. Die Maßnahmen, betreffend die Brotkürzung, mußten schon heute eingeleitet werden, weil schon jetzt die Dotierung der Bäcker und Brotfabriken mit Mehl für den Brotbedarf der nächsten Woche zu beginnen hat.

Das Getreide von auswärts hat einen hohen Preis, nicht nur absolut, sondern auch infolge der Frachtkosten. Die hohen Weizenpreise werden allerdings zur Erhöhung der Mehl- und Brotpreise führen. Der Preis für ein Kilogramm Weizen beträgt ab Genua 3 K., dazu kommen Transportkosten, Säcke- und sonstige Spesen, Vermahlungskosten, so daß in Wien das Kilogramm auf 3 K. 30 H. bis 3 K. 50 H. zu stehen kommen wird. Bis zum 15. August würde die Regierung bei Beibehaltung der jetzigen Brotpreise eine Differenz von etwa 600 Millionen Kronen daraufzuzahlen haben. Das ist unmöglich. Es finden deshalb Verhandlungen im Staatsrate und im Kabinettsrate statt, um aus dieser Situation einen Ausweg zu finden. Bisher besteht die Absicht, daß ein Teil dieser Kosten in Form einer Ueberwälzung auf den Konsum hereingebracht wird (mäßige Erhöhung des Brot- und Mehlpreises, wodurch jedoch nur ein geringer Teil der Mehrausgabe gedeckt werden soll), während der Rest, einige hundert Millionen Kronen, in Form einer Steuer aufgebracht werden soll, die sowohl die Selbstversorger als auch die bemittelteren Schichten der städtischen Bevölkerung treffen würde. Diese Brotsteuer, die progressiv wäre, soll sich an die Einkommensteuer anlehnen. Die höher Besteuerten sollen demnach schärfer angefaßt werden. Im Wesen kommt es also auf eine Staffelung der Preise an. Eine direkte Ausführung der Staffelpreise ist undurchführbar. Eine endgültige Entscheidung in der Bedeckungsfrage ist aber noch in keiner Richtung getroffen worden. Der Kabinettsrat hat die endgültige Beschlußfassung verschoben. Vorläufig bleibt es bei den geltenden Brot- und Mehlpreisen, auch wenn das auswärtige Getreide, was ja schon der Fall war, zur Versorgung des Konsums herangezogen wird. In kurzer Zeit wird aber an die Durchführung dieser Absichten gegangen werden müssen, da das längere Tragen dieser Kosten durch den Staat nicht möglich ist.

Den Begriff „Bemittelte" erklärte der Staatssekretär folgendermaßen: Wir haben für Deutschösterreich ohne die Sudetenländer rund 700.000 Zensiten für die Einkommensteuer. Die soziale Schichtung der Zensiten ist eine sehr ungünstige, da es nach den Einkommensteuerergebnissen des Jahres 1916 nur ungefähr 53.000 Haushalte gibt, die mehr als 10.000 K. ins Verdienen bringen. Aber in unserer Zeit kann man wohl ein Einkommen von 10.000 K. kaum mehr als „Besserbemittelte" ansehen. „Mindestbemittelte" sind zirka 500.000 Menschen, deren Zahl fortwährend ansteigt. Alles auf die Einkommenklassen zu wälzen, dürfte wohl nicht gehen, weil sonst die Endsumme, die benötigt wird, nicht aufgebracht werden könnte. Die Personen bis 10.000 K. Einkommen werden mit einer geringeren Erhöhung belastet werden. Zwischen 10.000 und 20.000 K. Einkommen wird die Staffelung gleichfalls mäßig sein. Erst bei Einkommen über 20.000 Kronen wird schärfer zugegriffen werden. Und dies wird kaum 20.000 Haushalte treffen. Betont muß werden, daß es sich nicht um einen Zuschlag zur Einkommensteuer handelt, sondern um eine besondere Steuer, zu dessen Veranlagung als Grundlage die Einkommensteuerelemente genommen werden. Es ist eine einmalige Brotsteuer aus dem Titel der Kosten der Mehleinfuhr. Der ganze Fragenkomplex ist noch nicht geklärt, da die Beratungen noch im Fluß sind. Die Steuer trifft auch die Selbstversorger sowohl auf Grundlage ihres Einkommens, als auch auf der Basis der von ihnen entrichteten Grundsteuer.

Die Frage bezüglich eines Ersatzlebensmittels für das ausfallende Brotquantum beantwortete der Staatssekretär dahin, daß wohl Reis vorhanden ist. Die Verwendung dieses Lebensmittels ist aber von der Kaufkraft der

Neue Freie Pr

95

Ein Schreiben Lord Cavons über die Nahrungsaushilfe.

Wien, 15. Januar.

Lord Cavon, Oberbefehlshaber der britischen Streitkräfte in Italien, hat an einen militärischen Vertreter Englands, der anläßlich der Verhandlungen über die Lebensmittelaushilfe in Wien ist, einen Brief gerichtet, der folgende Stellen enthält:

„Wollen Sie die österreichische Regierung informieren, daß die Lebensmittel als besonderer Höflichkeitsakt von dem Earl of Cavon gesendet werden, K. P., K. C. B., M. V. O., Hauptbefehlshaber der britischen Kräfte in Italien, und in Anerkennung der Tatsache, daß die österreichische Armee und das Volk im großen und ganzen die englischen Gefangenen und Internierten gut behandelten. Wollen Sie diesen letzten Punkt mit Nachdruck erwähnen.

Der Hauptbefehlshaber schreibt vor, daß das Nötige veranlaßt wird, um sicherzustellen, daß die Lebensmittel jene bekommen, welche sie wirklich benötigen.

Schlechte Verteilung und Unruhen in Wien würden jeden von hier ausgehenden weiteren Lebensmittelzuschub ausschließen.

Selbstverständlich sind die Lebensmittel, welche gesandt werden, wahrscheinlich gering im Vergleich zu den Bedürfnissen, aber die Verkehrsmöglichkeiten sind beschränkt, und es ist um so notwendiger, die richtige Ankunft und Verteilung dieser zu sichern.

Sie werden bemerken, daß verhältnismäßig große Quantitäten Milch und Zucker gesandt werden, um die Bedürfnisse der Kinder zu befriedigen.

Sie sollen aus allem den Eindruck haben, daß die Lebensmittel von der britischen Armee geschickt werden, um die Not der Frauen und Kinder zu lindern.